Mutterschaftsversicherung : jetzt muss etwas passieren!

Autor(en): **[s.n.]**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Emanzipation : feministische Zeitschrift für kritische Frauen**

Band (Jahr): **3 (1977)**

Heft 6

PDF erstellt am: **16.05.2024**

Persistenter Link: https://doi.org/10.5169/seals-358631

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

Die Zeitung der Frauen für die Sache der Frau

Emanzipation, 4057 Basel, Hammerstr. 133
Hrsg.: OFRA (Organisation für die Sache der Frauen) Redaktion: K.Bohren
10 Nr. im Jahr, 3 mal mit Magazin
Im Abo 9.50 Fr., Einzeln –.50 Fr.
Druck: ropress 3.Jrg. Nr. 6 JULI 77

Emanzipation

Mutterschaftsversicherung:

Jetzt muss etwas passieren!

(est) Brigitte S.arbeitet in einer Zürcher Firma. Bei ihrer Anstellung wurde sie schriftlich verpflichtet eine allfällige Schwangerscnaft im zweiten Monat zu melden. Weiter stand in dem Schreiben: "Generell wird die Schonzeit um die Schwangerschaft herum nicht bezahlt; bei einer Schwangerschaft wird das Arbeitsverhältnis gekündigt." Unterlässt die Angestellte die Meldung, wird sie "infolge Täuschung" fristlos entlassen! Das TV-Magazin "Karussell" hat diesen skandalösen Fall aufgegriffen – es ist aber kein Einzelfall. Andere Firmen sind nur etwas geschickter. Auch sie künden schwangeren Frauen, geben aber als Kündigungsgrund zum Beispiel Umstrukturierungen in der Firma, mangelnde Arbeitsleistung oder Auftragsrückgang an. Diese Kündigungen können vor dem Arbeitsgericht nicht angefochten werden, denn es kann nie bewiesen werden, dass die Kündigung tatsächlich auf Grund der Schwangerschaft ausgesprochen worden ist. Rechtlichen Schutz geniesst die Schwangere nur 8 Wochen vor und nach der Geburt. In dieser Zeit kann nicht gekündigt werden. Im Gegensatz zu diesen aschgrauen Zuständen in der Schweiz besteht in den Nachbarländern ein generelles Kündigungsverbot für schwangere Frauen.

BESTRAFTE SCHWANGERSCHAFT

Es kommt mir vor, als wolle die Schweiz ihre Geburtenziffer mit Gewalt heruntersetzen und bestrafe deshalb jede Frau, die schwanger wird. Oder gibt es andere Gründe für die Rückständigkeit des Mutterschutzes in der Schweiz? Wenn der Bundesrat wirklich an Familien mit 3 Kindern interessiert ist, wie dies Herr Hürlimann zu betonen pflegt, müsste er energisch an die Verbesserung der heutigen Situation gehen. In den Ländern der EG besteht ein rigoroser Kündigungsschutz, der bezahlte Mutterschaftsurlaub erstreckt sich auf 3 bis 6 Monate und die Lohnfortzahlungen bewegen sich zwischen 50 und 100 %. In vielen Ländern ist der verlängerte Mutterschaftsurlaub (Mutterjahr) eingeführt worden, ein freiwilliger, unbezahlter Urlaub, der in manchen Ländern auch vom Vater bezogen werden kann.

Es ist höchste Zeit, dass in der Schweiz etwas zur Verbesserung des Mutterschutzes unternommen wird. Beteuerungen, dass dieses Postulat unbestritten sei und schon seit Jahren verfolgt werde, genügen nicht mehr. Jetzt muss etwas passieren – und zwar schon heute!

OFRA ERGREIFT DIE INITIATIVE

Die OFRA hat bereits an ihrer Gründungsversammlung in Aussicht gestellt,eine eidgenössische Mutterschaftsinitiative zu lancieren. Eine Kommission hat den Text vorbereitet und den OFRA-Frauen in allen Sektionen zur Vernehmlassung unterbreitet. In heissen und langen Diskussionen ist der endgültige Text entstanden, der dann von der schweizerischen Delegiertenversammlung verabschiedet worden ist.

Kernpunkte der Initiative sind:

- Übernahme sämtlicher Arzt-,Pflege- und Spitalkosten
- 16 Wochen Mutterschaftsurlaub mit Anspruch auf den vollen Lohn
- Elternjahr (unbezahlter Urlaub mit Garantie des Arbeitsplatzes)
- Umfassender Kündigungsschutz für die gesamte Dauer der Schwangerschaft und des Elternjahres
- angemessenes Taggeld für nichterwerbstätige Versicherte.

Ende Juli erscheint eine Gratis-Extranummer der "Emanzipation" zum Thema Mutterschaftsinitiative. In dieser Nummer (sie kann bei der Redaktion schriftlich, auch in mehreren Exemplaren angefordert werden, Abonentinnen erhalten sie zugeschickt) werden der vollständige Text und weitere Erläuterungen abgedruckt. Die wichtige Frage der Finanzierung wird ebenfalls in der Extranummer ausführlich behandelt.

ZUSAMMEN ODER ALLEINE STARTEN?

Über die Forderungen der Initiative ist frau sich heute einig in der OFRA, auch über den Termin der ersten Unterschriftensammlung herrscht Konsens. Die Bögen müssen unbedingt bis zur Fristenlösungskampagne vorliegen, damit zu diesem Zeitpunkt aktiv gesammelt werden kann. Diskussionen gibt es noch um die Frage, ob die Initiative gemeinsam mit anderen Organisationen lanciert wird, oder ob die Lancierung von der OFRA alleine ausgehen und anschliessend ein Unterstützungskomitee mit allen Interessierten Organisationen gegründet werden soll. Die letzte Delegiertenversammlung hat sich ausschliesslich mit diesem Thema befasst. Kernpunkt der Diskussion war die Einschätzung, ob es gelingen würde, bereits heute schon ein breites Bündnis um die Initiative zu schaffen. Auf die erste Ankündigung der Initiative im März sind keine Reaktionen erfolgt. Es war anzunehmen, dass die junge OFRA kaum spontane Unterstützung erwarten konnte. Die anderen wollten wahrscheinlich zuerst abwarten, ob es der OFRA auch wirklich ernst mit ihren Gründungsbeschluss war. In der heutigen Situation, in der alle vom Sparen reden, fällt ein Vorschlag zum Ausbau der Sozialleistungen auch nicht unbedingt auf fruchtbaren Boden.

So gingen die Delegierten z.B. davon aus, dass die SP, die die Finanzpolitik des Bundes (Mehrwertsteuer und Sparpaket) unterstützt, nicht bereit ist,eine Initiative mitzulancieren, die dieser Politik entgegenläuft. Die OFRA-Initiative unterstützen heisst nämlich für die SP Abkehr von der Politik der Sparhysterie und Einsatz für den Ausbau der Sozialleistungen. Die SP hat aber im Gegenteil durch ihre Unterstützung des Sparpaktes mitgeholfen die Sozialleistungen abzubauen. Auf Grund dieser Tatsachen und der Einschätzung, dass andere Organisationen ähnlich wie die SP reagieren würden, beschloss die ausserordentliche Delegiertenversammlung mit 43 : 9 Stimmen bei 2 Enthaltungen die Initiative alleine zu lancieren.

Die Reaktionen im Zeitungswald der Linken in der Schweiz liessen nicht lange auf sich warten. Stimmen wurden laut, die den "Alleingang" r OFRA beklagten. Es wurde sogar versucht die Diskussion in der OFRA zu benützen,um die OFRA zu spalten.

Es wurde behauptet, die Mehrheit der OFRA-Mitglieder seien nicht der gleichen Meinung wie die Delegierten, die parteilosen Frauen nicht derselben Meinung wie die parteigebundenen. Will man damit innerhalb der OFRA ein Klima der Unsicherheit schaffen und eine künstliche Kluft zwischen verschiedenen Gruppen heraufbeschwören? Solche Spaltungsversuche müssen mit aller Vehemenz zurückgewiesen werden. Bisher konnten alle offenen Fragen innerhalb der OFRA loyal ausdiskutiert werden. Es wäre schade,

Auch dem Kind zuliebe: Guter Mutterschutz

solch schädliche Seitenhiebe verschwinden würde.

ANGEBOT ERNST NEHMEN!

Wichtiger als diese Quereleien ist eine Stellungnahme von Elfi Schöpf, Zentralsekretärin der SPS und zuständig für Frauenfragen, sowie Äusserungen von Maria Zaugg-Alt, Präs. der Frauenkommission des Schweiz. Gewerkschaftsbundes. Im Volksrecht vom 7.6.77 beteuern beide, dass sie inhaltlich mit der Initiative einverstanden seien und zu Verhandlungen bereit gewesen wären.

Da noch keine Unterschriften gesammelt worden sind, wäre es möglich, auf diese neue Situation einzugehen. Der Vorstand hat deshalb nochmals eine ausserordentliche Delegiertenversammlung zu diesem Thema einberufen. Wir scheuen keine Anstrengungen, wenn es um die uns so wichtige Frage der Mutterschaftsversicherung geht. Wir sind bereit die Bündnisfrage nochmals zu diskutieren. Falls die Delegiertenversammlung eine Vernehmlassung gutheissen wird, werden die SPS und die Gewerkschaften wie auch die anderen interessierten Organisationen die Möglichkeit haben zu zeigen, ob es ihnen mit dem Angebot auch tatsächlich ernst war. Wir hoffen, dass in diesem Falle keine Verzögerung des Lancierungstermins auftritt, denn es muss etwas passieren – und zwar sofort!

Atomkraftwerke:

Geld vor Sicherheit

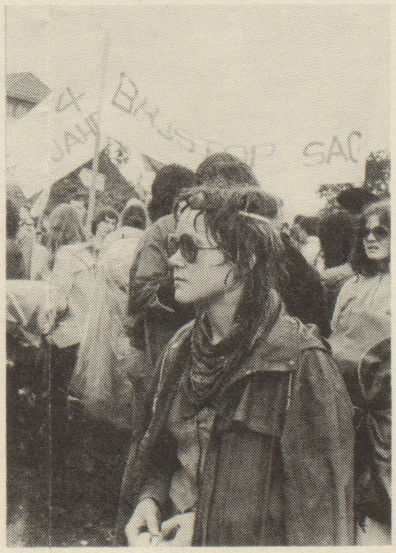
(C.S.) Die Atomkraftwerkgegner haben in den letzten Wochen wieder einen massiven Aufschwung genommen. 15'000 Personen waren beim Pfingstmarsch dabei, am 2. Juni wurde das "Schweizerische Aktionskomitee gegen das Atomkraftwerk Gösgen" gegründet, in einer Volksabstimmung in Basel wurde die Atomschutzinitiative mit grossem Mehr angenommen und am 25. Juni kamen rund 3'000 Demonstranten nach Gösgen, um die Zufahrtswege zu besetzen. Der brutale Polizeieinsatz mit Tränengas, Wasserwerfer, Rauchbomben, Hunden, Panzerfahrzeugen und Helikoptern konnte aber den Willen der AKW-Gegner nicht schwächen. Nächstes Wochenende soll ein neuer Grosseinsatz stattfinden.

WIR WOLLEN MITREDEN!

Das Misstrauen gegen Atomkraftwerke wächst ständig. Die Bevölkerung glaubt den Stimmen, die ihr einreden wollen, Atomkraftwerke seien eine unabwendbare Notwendigkeit, immer weniger. Sie erkennt die wahren Interessen, die Banken wie die Schweizerische Kreditanstalt, die Grossfirmen wie BBC, Motor-Columbus, Elektro Watt etc., die sich saftige Gewinne erhoffen. Die Bevölkerung soll Sicherheit, Gesundheit und Steuergelder opfern, zu sagen hat sie nichts. Mitbestimmung soll möglichst verhindert werden. In Basel wurde von FdP-Kreisen versucht, die Atomschutzinitiative für ungültig zu erklären; Gott sei dank erfolglos.

GÖSGEN

Am 25. Juni versuchte man in Gösgen die Zufahrtswege zum Atomkraftwerk zu besetzen. Dieses Kernkraftwerk steht unmittelbar vor der Vollendung und soll möglichst bald in Betrieb genommen werden. Jetzt heisst es,alle Kräfte darauf konzentrieren, auch wenn uns Regierungssprecher einreden wollen, dass jeder Widerstand zwecklos sei, und Bundesrat Ritschard meint: "Es ist für mich undenkbar, dass eine kantonale Volksabstimmung einen Rückzug der Bewilligung für Atomkraftwerke veranlassen kann, in die – wie im Falle Gösgen – bereits 1500 Millionen Franken investiert wurden." Aber die Sicherheit der Bevölkerung lässt sich nicht mit Geld aufwiegen . In Gösgen wird für diese Sicherheit gekämpft; dazu ein Bewohner aus dem betroffenen Gebiet: "Wenn wir das Atomkraftwerk Gösgen verhindern können, dann können wir auch alle anderen Atomkraftwerke verhindern."



Gösgen: Nacn dem 1. Tränengasangriff der Polizei

(Foto: J. Delpy)

MITMACHEN!

Der Kampf gegen Atomkraftwerke geht uns alle an, auch wir Frauen müssen hier unseren Beitrag leisten. Nicht nur unsere Sicherheit steht auf dem Spiel, das ungelöste Problem der Atommülldeponien wird auch die Zukunft unserer Kinder und Enkel schwer belasten. In den Bürgerinitiativen arbeiten bereits Frauen, vor allem Hausfrauen, mit.Aber es braucht noch viele.

AZ 8026 Zürich